



Rudolf Ramsauer,
Direktor

Am 27. November stimmen wir einmal mehr über eine Moratoriums-Initiative ab. Sie will ein – vorerst befristetes – Verbot der Gentechnologie in der Landwirtschaft. Die Gentechfrei-Initiative verbietet die Anwendung einer zukunftssträchtigen

Moratorien verbauen die Zukunft

Technologie, deren Risiken in unserem Land durch eines der weltweit restriktivsten Gesetze bereits sehr streng kontrolliert sind. Wer aber die Anwendung verbietet, trifft über kurz oder lang auch die Forschung. Die Forschung in der Gentechnologie wird weitergehen, wenn nicht in der Schweiz, dann eben im Ausland. – Die Schweiz braucht Wachstum. Neue Technologien sind die Wachstumsmotoren von morgen. Wo wollen wir denn noch stark sein, wenn nicht in der Forschung und in neuen Technologien? – Moratorien sind Verbote auf Zeit, meistens werden sie zu definitiven Verboten, denn andere nutzen die Zeit. Moratorien lösen keine Probleme, senden die falschen Signale aus und verbauen die Zukunft. Moratorien sind grundsätzlich der falsche Ansatz.

@ rudolf.ramsauer@economiesuisse.ch

Internationale Dynamik der Steuerreformen: Chance oder Gefahr?

economiesuisse präsentierte vor Jahresfrist eine Studie mit den wichtigen internationalen Trends im Steuerbereich. Im Rahmen des von economiesuisse organisierten internationalen Steuer-Symposiums Anfang Oktober in Zürich wurden steuerpolitische Positionen und Prioritäten überdacht.

Mit der Globalisierung hat sich der internationale Steuerwettbewerb intensiviert. Für kleinere Volkswirtschaften sind attraktive steuerliche Rahmenbedingungen ein gewichtiger Standortfaktor. Die neuen EU-Oststaaten, aber auch Irland, Österreich und die skandinavischen Länder haben ihr Steuersystem vereinfacht und investitions- und innovationsfreundlicher gestaltet. Ihre steuerliche Wettbewerbsfähigkeit wurde so stark verbessert. Weltweit hat die Reformfreudigkeit im Steuerbereich deutlich zugenommen. Ansätze, die vor einigen Jahren noch unvorstellbar waren, werden heute diskutiert oder gar umgesetzt. Beispiele dafür sind das skandinavische duale System mit einer separaten Besteuerung von Kapital- und Arbeitseinkommen oder der «Flat Tax»-Ansatz, wie er in den Ostländern anzutreffen ist.



Peter A. Wuffli, UBS AG, Vize-Premierminister Ivan Mikloš, Bundesrat Hans-Rudolf Merz, EU-Kommissar László Kovács, Rudolf Ramsauer (v.l.n.r.).

Steuersysteme im Wettbewerb der Nationen

Die Referenten des Steuersymposiums waren weitgehend einig, dass der internationale und der nationale Steuerwettbewerb trotz Harmonisierungsbestrebungen zunimmt. Rudolf Ramsauer unterstrich, wie wichtig es für die Schweiz ist, den Anschluss an die internationale Reformdynamik nicht zu verpassen. Die Schweiz dürfe nicht dem Mythos eines «Tiefsteuerlands» verfallen, das sei sie bei weitem nicht. Die Schweiz riskiert, ihre steuerlichen Freiräume zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nicht zu nutzen. Peter A. Wuffli, CEO der UBS, forderte von der Wirt-

schaft, dass sie sich klar zu Zielen und Prioritäten in der Steuerpolitik äussert. Veränderungen müssten zudem einem Wirtschaftsverträglichkeitstest unterworfen werden: Wird mit Neuerungen ein wirtschaftlicher Mehrwert erzielt? Verbessert sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz dadurch? Wird die Mobilität von Ressourcen gefördert? Wird die Veränderungsfähigkeit von Unternehmensstrukturen erleichtert oder zumindest nicht erschwert? László Kovács, EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, präsentierte die Agenda der EU-Steuerpolitik. Es sei zwischen

Fortsetzung auf Seite 2

Schwerpunktthema

economiesuisse sagt den Staus den Kampf an. Diese verursachen der Wirtschaft immense Kosten. Verkehrsmanagement soll Abhilfe schaffen. Seite 3 ▶

Abstimmungen

Am 27. November kommen das revidierte Arbeitsgesetz und das Gentech-Moratorium zur Abstimmung. Ja zum Gesetz, Nein zum Moratorium. Seiten 3+5 ▶

Suche nach Ideen

Die Bieler Ideenfabrik Brain-Store verhilft Unternehmen zu klugen Einfällen. Dahinter steckt ein weltweit einzigartiges Konzept. Seite 8 ▶

EU-Voranmeldepflicht

Die Zollbehörden der EU und der USA verschärfen ihre Vorschriften. Mit Folgen für hiesige Betriebe. Lösungen werden gesucht. Seite 9 ▶

«fairem» und «unfairem» Steuerwettbewerb zu unterscheiden. Die Grauzone sei dabei gross. Steuerwettbewerb sei weder Schwarz noch Weiss. Aufgrund der diesbezüglich unterschiedlichen Vorstellungen der EU-Mitglieder gehe man darum in Brüssel mit der Harmonisierung und der Kooperation pragmatisch vor. Kovács erwähnte das Projekt einer konsolidierten EU-weiten Unternehmensbesteuerung mit einheitlicher Bemessungsgrundlage.

Steuerwetter: Schleierwolken über der Schweiz

Ivan Mikloš, Vize-Premierminister und Finanzminister der Slowakischen Republik, zeigte auf, wie durch eine radikale Vereinfachung des Steuersystems nach dem «Flat Tax»-Ansatz das Innovations- und Wachstumsklima gestärkt werden konnte. Die meisten Doppelbesteuerungen (z.B. bei den Dividenden) seien eliminiert worden. In seinem Referat «Steuerwetter und Steuerklima» unterstrich Bundesrat Hans-Rudolf Merz die Vorteile des Steuerwettbewerbs und ging auf die steuerpolitische Reformagenda der Schweiz ein. Neben den notwendigen Reformen (Unternehmenssteuerreform, Ehegattenbesteuerung und ideale Mehrwertsteuer) sei man daran, radikalere Reformoptionen wie «Flat Rate Tax», duale Einkommenssteuer, Individualbesteuerung und erwerbsabhängige Steuergutschriften wissenschaftlich auf ihre Tauglichkeit für die Schweiz zu prüfen.



Regierungsrat Köbi Frei, Nationalrat Jean-Noël Rey, Ständerat Urs Schwaller, Pascal Gentinetta, economiesuisse, Nationalrat Gerold Bühler, Nationalrat Peter Spuhler (v.l.n.r.).



Cinderella Vassiliadis, Ständerat Hannes Germann.

Reformbedarf für die Schweiz
Mit ihren Referaten brachten Gunter Mayr (österreichisches Steueramt), Thomas Held (Direktor Avenir Suisse), Peter Baumgartner (Direktor Industrie-Holding) und Prof. Sven-

Olof Lodin (Schweden) wertvolle Inputs für eine fundierte Diskussion in den Workshops zu den Themen «Grenzen der Steuerharmonisierung», «Reformfähigkeit von Steuersystemen», «Trend zur Senkung der Unternehmens-

steuern» und «Optimale Ausgestaltung des Steuersystems». In der Schlusspaneldiskussion mit Gerold Bühler (FDP), Jean-Noël Rey (SP), Urs Schwaller (CVP), Peter Spuhler (SVP), Köbi Frei (Regierungsrat Appenzell Ausserrhoden) und Pascal Gentinetta (economicsuisse) wurde diskutiert, was Parteien und Kantone beitragen können, um die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sicherzustellen, ob Steuerwettbewerb für die Schweiz förderlich sei, welcher Handlungsbedarf bestehe und welche konkreten Steuerreformen die Position der Schweiz verbessern. Prof. Christian Keuschnigg (Universität St. Gallen) fasste die Highlights des Symposiums zusammen und unterstrich nochmals den Handlungsbedarf für mutige Steuerreformen.

 pascal.gentinetta@economicsuisse.ch



Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Prof. Christian Keuschnigg, Universität St. Gallen.



Thomas Held, Avenir Suisse, Pierre Bessard, L'Agefi, Prof. Sven-Olof Lodin (v.l.n.r.).

Wirtschaft kämpft gegen Stau

economiesuisse sagt Staus auf den Strassen den Kampf an. Anfang Oktober wurde der Öffentlichkeit das Positionspapier «Verkehrsmanagement zur Verflüssigung des Strassenverkehrs» vorgestellt.

Das Verkehrswachstum ist ungebremst. Die Kapazität des bestehenden Strassennetzes stösst punktuell an Grenzen. Die staubedingten volkswirtschaftlichen Kosten haben die Milliarden-grenze längst überschritten. Der volkswirtschaftliche Schaden ist gross. Massnahmen zur Verflüssigung des Verkehrs, vor allem in den Agglomerationen und auf den Hauptachsen, drängen sich auf.

Verkehrsverflüssigung wichtig für Unternehmen

Die Unternehmen haben ein vitales Interesse an einer Verflüssigung des Verkehrs und damit an einer Reduktion der Stautunden. economiesuisse hat darum in einem Positionspapier «Verkehrsmanagement zur Verflüssigung des Strassenverkehrs» ordnungs- und finanzpolitische Grundsätze formuliert und eine Übersicht und Beurteilung von Verkehrsmanagement-Massnahmen aus der Sicht der Wirtschaft erstellt. economiesuisse will den Staus auf Schweizer Strassen wie folgt zu Leibe rücken:

- Primär ist die Verkehrsinfrastruktur bedarfs- und benützergerecht auszubauen. Der Ausbau hat nach klaren Rentabilitätskriterien (finanziell, betriebs- und volkswirtschaftlich) zu erfolgen. Der Strassenunterhalt ist rasch, möglichst in den Randzeiten und ohne Behinderungen des Verkehrs auszuführen.
- Die negativen Stauauswirkungen sind ergänzend durch die intelligente Organisation des Betriebs des vorhandenen Strassennetzes, d.h. durch Verkehrsmanagement-Massnahmen zu reduzieren oder kompensieren.
- Das Verkehrswachstum und die Notwendigkeit von Verkehrs-



Staus in der Schweiz verursachen Kosten in Milliardenhöhe.

management-Massnahmen machen mittel- und längerfristig den punktuellen Ausbau der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen unumgänglich.

■ Aufgrund der mehr oder weniger ausgeprägten Eingriffe der Verkehrsmanagement-Massnahmen in die Wirtschaftsfreiheit sind solche Massnahmen vor ihrer Einführung auf ihre Verhältnismässigkeit hin zu prüfen. Es dürfen nur so viele Eingriffe vorgenommen werden wie nötig sind, um den Verkehr zu verflüssigen. Ein punktuelles, dynamisch ausgestaltetes Value Pricing kann, unter Berücksichtigung bestimmter ordnungs- und finanzpolitischer Grundsätze, ein geeignetes Instrument sein.

■ Ein dauerhaftes landesweites und flächendeckendes Value Pricing eignet sich nicht als Verkehrsmanagement-Massnahme. Besteht die Absicht, ein solches Instrument als Lenkungsabgabe zur Schadstoffreduktion oder als alternative Finanzierung der wirtschaftlichen Kosten des Strassenverkehrs in Betracht zu ziehen, ist es entsprechend im finanz- resp. umweltpolitischen Zusammenhang zu diskutieren. Als Finanzierungsinstrument würde es eine Anpassung der heutigen Finanzierungssystematik des Verkehrs bedingen und wäre strikt fiskalquotenneutral umzusetzen.

@ regina.hunziker@economiesuisse.ch

Forscher und Bauern gemeinsam gegen Gentech-Moratorium

Das Gentech-Moratorium schadet dem Forschungsstandort ganz direkt. Ein erfolgreicher Forschungsstandort muss über zwei Grundlagen verfügen: Kompetente und motivierte Wissenschaftler und finanzielle Ressourcen. Die Moratoriums-Initiative entzieht der Schweizer Spitzenforschung diese Basis: Niemand wird in Forschung investieren, wenn die praktische Anwendung verboten ist. Es droht eine Abwanderung von zukunftsweisenden Forschungsarbeiten ins Ausland. Die Spitzstellung der Schweizer Gentechnologie-Forschung ist gefährdet. Ein namhaftes Forscherkomitee mit den Nobelpreisträgern Zinkernagel und Arber wehrt sich entsprechend vehement gegen diesen drohenden Verlust. Damit die Moratoriums-Initiative nicht zum Vorboten weiterer ähnlich gelagerter Verbote wird, muss sie deutlich zurückgewiesen werden. Die Schweizer Wirtschaft braucht Innovation und keine Technologiefeindlichkeit.

Gegen Bevormundung und Verbote

Auch in Bauernkreisen stösst das Gentech-Moratorium immer mehr auf Widerstand. Die offizielle Unterstützung der Initiative durch den Schweizerischen Bauernverband wird von eigenen Mitgliedern heftig kritisiert. Zwei grosse Kantonalverbände – St. Gallen und Waadt – haben die Nein-Parole gefasst. Das Komitee «gegen unnötige Verbote in der Landwirtschaft» wehrt sich gegen Bevormundung und zusätzliche Verbote. Die Landwirte wollen ihre Eigenverantwortung wahrnehmen können und die Anbaumethode unter Berücksichtigung des strengen Gentechnikgesetzes selber wählen dürfen. Die geltende Deklarationspflicht gewährleistet ihrerseits die Wahlfreiheit der Konsumenten. Die Initiative verdient am 27. November ein klares Nein.

www.gentech-moratorium-nein.ch
www.gentechfrei-nein.ch
www.forschung-leben.ch

Teure Massnahmen zur dezentralen Besiedlung

Strukturerhaltende Massnahmen in der Landwirtschaft sind heute nur noch zum kleinen Teil gerechtfertigt. Mit angepassten Strukturen könnten die landwirtschaftlichen Aufgaben günstiger und wirksamer erfüllt werden.

Eine Studie der ETH Zürich zeigt auf, dass die Landwirtschaft nur noch in sehr wenigen Gemeinden des Landes einen Beitrag zur Besiedlung leistet. In den meisten Gemeinden sind andere Wirtschaftssektoren für die Besiedlung wichtig. In diesen nicht spezifisch landwirtschaftlichen Gemeinden leben heute über 97 Prozent der Bevölkerung.

700 Millionen Franken wirkungslos

In die landwirtschaftliche Strukturerhaltung fliessen heute vom Staat und den Konsumenten jährlich rund 830 Millionen Franken. Diese Mittel sind nur mit dem Verfassungsziel der dezentralen Besiedlung zu rechtfertigen (Artikel 104c

Bundesverfassung). Die übrigen Verfassungsziele der Landwirtschaft könnten mit angepassten Strukturen bedeutend effizienter erfüllt werden.

Nur rund 15 Prozent der strukturerhaltenden Mittel kommen tatsächlich Gemeinden zugute, in denen die Landwirtschaft für die Besiedlung noch eine Rolle spielt. Die restlichen 85 Prozent gehen in nicht mehr spezifisch landwirtschaftliche Gemeinden. Diese Mittel – rund 700 Millionen Franken jährlich – sind im Sinn der Verfassung wirkungslos und nicht gerechtfertigt.

Effizienz fragwürdig

Auch in Gemeinden, wo die Landwirtschaft noch einen Beitrag zur Besiedlung leistet, variiert die Effizienz der Massnahmen stark. Hektarbeiträge reichen von tief bis hoch, wobei hohe Beiträge mehrheitlich sind (durchschnittlich 1550 Franken). Hohe Beiträge fliessen auch in Gemeinden, in denen die Landwirtschaft zwar zur Besiedlung beiträgt, die Besiedlung allein aber nicht

mehr sicherstellen kann. Die Landwirtschaft wird trotz hoher Stützungen ihrem Verfassungsauftrag nicht mehr gerecht.

Reformen tun Not

Die Schweizer Agrarpolitik ist vor dem Hintergrund solcher Ergebnisse stark optimierungsbedürftig. Mit angepassten Strukturen und Massnahmen könnten die Verfassungsaufgaben der Landwirtschaft günstiger und wirksamer erfüllt werden. Im Interesse einer tragfähigen Perspektive für unsere Landwirtschaft müssen dringende Reformen insbesondere beim Direktzahlungssystem im Rahmen der laufenden «Agrarpolitik 2001» vorgenommen werden. Insbesondere sind die Einstiegsriterien in die Direktzahlungen zur Förderung wettbewerbsfähiger Betriebe anzupassen, wobei auf besiedlungsmässig gefährdete Gebiete mit sachgerechten und effizienten Massnahmen Rücksicht zu nehmen ist.

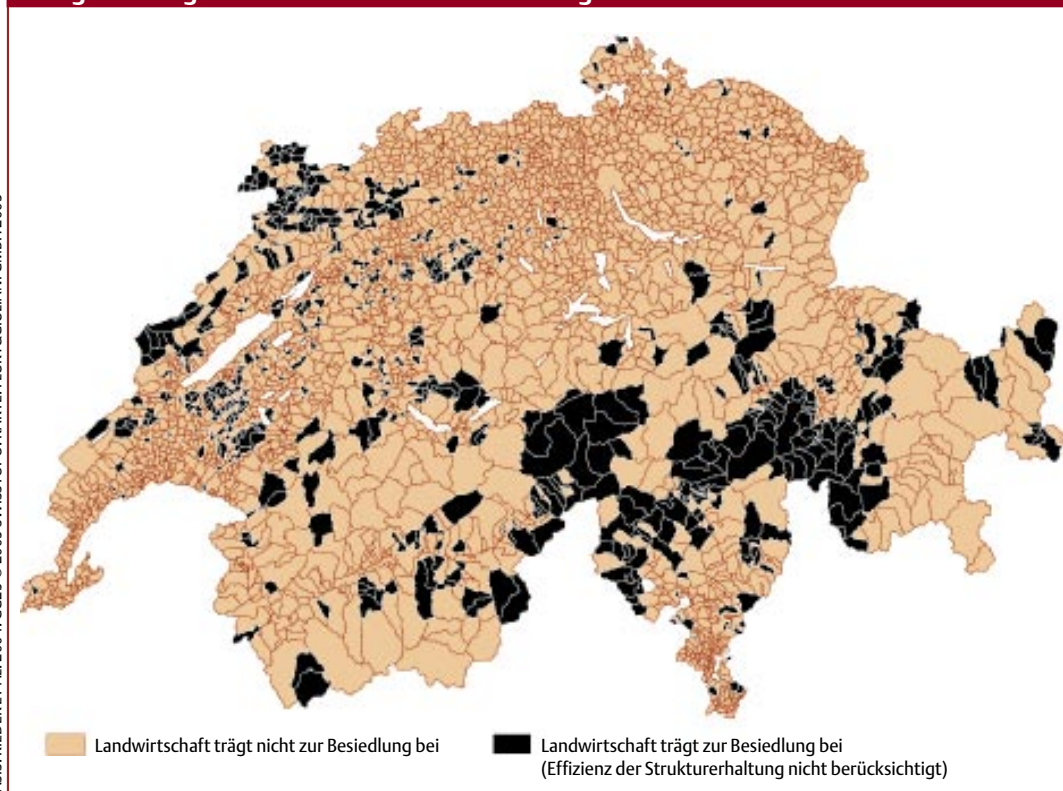
@ frank.marty@economieuisse.ch

Russland–Schweiz: Beziehungen gestärkt

Russland gehört nebst China, Indien und Brasilien zu den strategischen Schlüsselmärkten. Russland gebührt deshalb spezielle Aufmerksamkeit. So sind denn auch die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Russland in den letzten Jahren gewachsen, selbst wenn es für die Schweizer Unternehmen immer noch Hindernisse zu überwinden gilt. Die kürzliche Reise von Wirtschaftsminister Deiss zusammen mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation nach Moskau ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Sie bot Gelegenheit, die Kontakte zu den russischen Behörden zu vertiefen, die Entwicklung der Beziehungen zu bewerten und anstehende Probleme anzusprechen. Dazu gehören insbesondere Probleme mit der Bürokratie, dem Marktzugang, dem Schutz des geistigen Eigentums oder Fragen im Zusammenhang mit der Visaerteilung und mit Arbeitsbewilligungen. Im Mittelpunkt der Treffen stand der Austausch mit dem russischen Wirtschaftsminister German Gref. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen waren im Detail auch Thema der gemischten Wirtschaftskommission, die im Rahmen der Mission in Moskau stattfand.

@ urs.rellstab@economieuisse.ch

Geringer Beitrag der Landwirtschaft zur Besiedlung der Schweiz



BASIS: RIEDER ET AL. 2004, GG25 © 2005 SWISS TOPO. KARTE: FLURY & GIULIANI GMBH 2005

ASCO Award

Die Ständesvertreterin der Schweizer Unternehmensberater ASCO verleiht 2006 erstmals den Award «Best Business Transformation» als Anerkennung für die beste und nachhaltigste Neuausrichtung. Geehrt wird die Firma gemeinsam mit ihrer Beratung. Die besten Beiträge werden von einer namhaften Jury mit dem Zertifikat «Excellent Business Transformation» ausgezeichnet, einem Beitrag wird der Award «Best Business Transformation» verliehen. Die Prämierung findet am 23. Mai 2006 anlässlich des ASCO Consulting Day statt. Der ASCO Award steht unter dem Patronat von economieuisse.

Anmeldung bis 21. Dezember.

@ www.asco-award.ch

Auf dem Weg zu einer neuen Bildungsverfassung

Die geplante Bildungsverfassung soll einen qualitativ hoch stehenden Bildungsraum Schweiz ermöglichen. Der Nationalrat hat sie bereits abgesegnet.

Die Bildungsverfassung umfasst bestehende und neu geschaffene Artikel der Bundesverfassung, welche einen Bezug zur Bildung haben. Materiell geht es um die Festlegung der Eckpfeiler des Bildungssystems (Schuleintrittsalter und Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen sowie Anerkennung von Abschlüssen), den Auftrag für eine Koordination und Qualitätssicherung im Hochschulbereich sowie die subsidiäre Bundeskompetenz. Diese legt fest, dass der Bund nur dann Vorschriften erlassen kann, wenn das Ziel der Harmonisierung des Schulwesens nicht erreicht wird. Die subsidiäre Bundeskompetenz ergänzt damit die Koordinati-

onspflicht von Gemeinden und Kantonen.

Effizienteres Hochschulsystem

Auch im Hochschulartikel werden die Kompetenzen des Bundes abschliessend umschrieben (Regelung der Studienstufen, die akademische Weiterbildung sowie die Anerkennung von Institutionen und Abschlüssen). Zudem kann der Bund die Unterstützung der Hochschulen an einheitliche Finanzierungsgrundsätze (Standortkosten) binden und von der Aufgabenteilung zwischen den Hochschulen in besonders kostenintensiven Bereichen abhängig machen. Auch im Hochschul-

bereich gilt die subsidiäre Bundeskompetenz.

Signifikante Verbesserung

Die neue Bildungsverfassung schafft die Voraussetzungen für eine besser strukturierte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen und fördert damit raschere Entscheidungsabläufe. Dies wird im Zeitalter des globalen Wissenswettbewerbs immer wichtiger. Gegenüber dem heutigen Zustand stellt dies eine signifikante Verbesserung dar.

So erfreulich der Abschluss der mehr als achtjährigen Diskussion ist, so muss man sich dennoch bewusst sein, dass die neue

Bildungsverfassung keinen direkten Einfluss auf die Qualität unseres Bildungssystems hat. Diese hängt in erster Linie von der Qualität des Lehrkörpers, der Unterstützung der Eltern, der Förderung der Leistungsbeurteilung und der Organisation der Schulen ab.



@rudolf.walser@economiesuisse.ch

Datenbearbeitung unbürokratisch gestalten

Die Wirtschaft unterstützt einen guten Datenschutz, verlangt aber eine unbürokratische Ausgestaltung. Auf aufwändige Meldepflichten oder spezielle Register muss verzichtet werden.

Der Nationalrat hat erfreulicherweise bei seinen Beratungen zur Revision des Datenschutzgesetzes wichtigen Anliegen der Wirtschaft Rechnung getragen. Er hat die Vorlage des Bundesrats von unpraktikablen Auflagen entschlackt. Diese Beschlüsse sollten daher vom Ständerat bestätigt werden.

Einfacher Datenfluss innerhalb der Konzerne

Ein noch offenes altes Anliegen der Wirtschaft ist die Erleichterung des Datentransfers innerhalb von Konzernen und

anderen verbundenen Gruppen. Die Vorlage sieht zwar gewisse Erleichterungen vor, knüpft diese aber an spezielle Orientierungen des Datenschutzbeauftragten. Bundesrat und Justizminister Christoph Blocher hat im Parlament bestätigt, dass Daten innerhalb eines Konzerns und auch mit Zweigniederlassungen ungehindert ausgetauscht werden können, sofern der Datenschutz durch eine gesamtheitliche Organisation gewährleistet wird.

Förderung unbürokratischer Abläufe

Im Sinne der Rechtssicherheit sollte der Datentransfer innerhalb einer Gruppe explizit in einem speziellen Artikel klar gestellt werden. Eine solche Regelung muss an der einheitlichen Leitung anknüpfen, wel-

che auch die Verpflichtungen nach dem Datenschutzgesetz gewährleistet. Auf zusätzliche Auflagen, aufwändige Meldepflichten und spezielle Register ist zu verzichten. Sie verbessern den Datenschutz nicht. Wirkungsvoller ist es, die Verhältnisse für die betroffenen Personen etwa durch klare Hinweise im Geschäftsbericht, auf den Internetseiten oder explizit bei Erhebungsformularen transparent zu gestalten.

Es liegt nun am Ständerat, sowohl den Unternehmen wie auch den betroffenen Personen zu dienen. Denn gerade diese sind bei der Geschäftsabwicklung auf unbürokratische Abläufe angewiesen. Die Behandlung der Vorlage im Ständerat ist für die Wintersession geplant.

@thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Abstimmung vom 27. 11. 05

Einkaufen am Sonntag ist ein Bedürfnis

economiesuisse unterstützt das revidierte Arbeitsgesetz, welches am 27. November zur Abstimmung gelangt. Dieses soll sicherstellen, dass die Läden in Bahnhöfen und auf Flughäfen auch weiterhin sonntags geöffnet bleiben können.

■ Das Einkaufen an Sonntagen in grösseren Bahnhöfen und Flughäfen ist bereits gelebte Realität und entspricht einem breiten Kundenbedürfnis. Immer mehr Berufstätige und Familien machen von diesem Angebot Gebrauch. Doch auch die Passagiere des öffentlichen Verkehrs und die in die Schweiz reisenden Touristen schätzen es, an sieben Tagen pro Woche gute Einkaufsmöglichkeiten vorzufinden.

■ Es geht nicht um einen generellen Sonntagsverkauf oder eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Die gängige Praxis soll lediglich ins ordentliche Recht überführt werden. Die Sonntagsruhe wird nicht abgeschafft.

■ Vom neuen Arbeitsgesetz würden nicht nur die grossen Bahnhöfe und die Flughäfen profitieren, sondern insgesamt rund 25 regionale Bahnzentren in der ganzen Schweiz.

■ Ein Ja zum neuen Arbeitsgesetz sichert zahlreiche Arbeitsplätze. Denn: Würde die Vorlage am 27. November abgelehnt, müssten künftig rund 150 Geschäfte sonntags wieder geschlossen bleiben. 2000 Arbeitsplätze wären davon betroffen. So will es ein Entscheid des Bundesgerichts.

economiesuisse spricht sich deshalb entschieden gegen die gewerkschaftliche Bevormundung der Sonntageinkäufer aus und sagt Ja zu kundenfreundlichen Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen und Flughäfen. Zum Wohle der Konsumenten und der Wirtschaft.

www.arbeitsgesetz-ja.ch

Strommarkt braucht echte Reformen

Die Resultate der nationalrätlichen Beratungen zum Thema Strommarkt sind aus Sicht der Wirtschaft unbefriedigend. Mit einer hauchdünnen Mehrheit hat sich die Grosse Kammer für eine etappierte Marktöffnung ausgesprochen.

economiesuisse könnte gegebenenfalls Hand zu einer etappierten Marktöffnung bieten. Voraussetzung dazu wäre, dass in anderen Bereichen substantielle Verbesserungen erfolgen.

Abschreckende Beispiele

Verbesserungsbedarf besteht besonders bei der Förderung der erneuerbaren Energien, für die der Nationalrat ein Bündel von Massnahmen beschlossen hat. Nach unabhängiger Einschätzung dürfte dieses Paket jährliche Mehrkosten von über

500 Millionen Franken verursachen. Der Rat ist gewillt, diese Kosten über die Stromrechnung der inländischen Konsumenten begleichen zu lassen. Da die Vorstellungen bezüglich des Potenzials zur Stromerzeugung wenig realistisch sind, müssen die volkswirtschaftlichen Schäden einer derartigen Subventionspolitik eng begrenzt werden. Deutschland ist abschreckendes Beispiel: Die Mehrkosten von 300 Millionen Euro seit Beginn der Liberalisierung 1998 werden in wenigen Jahren die Grenze von 10 Milliarden Euro überschreiten. Darunter wird die deutsche Volkswirtschaft noch Jahrzehnte leiden.

Korrektur nötig

Dringender Handlungsbedarf besteht im Gesetzesentwurf auch im Bereich der Regulierung der

Netzpreise. Bei den mittleren und kleineren Verbrauchern kann der Anteil der Netzpreise an der Stromrechnung bis zwei Drittel ausmachen. In diesem Bereich besteht nach Ansicht der Fachwelt das grösste Potenzial zur Effizienzverbesserung. Dieses lässt sich aber nur nutzbar machen, wenn Transparenz und Vergleichbarkeit mit nationalen und internationalen Netzpreisen besteht und die Netzbetreiber einen finanziellen Anreiz erhalten, ihre Netze effizient zu betreiben. Deshalb sind im Gesetz grundlegende Reformen und neue Ansätze erforderlich. Es bleibt zu hoffen, dass die zuständige Kommission des Ständerats bis zur Beratung in der Frühjahrs-session die notwendigen Korrekturen vornehmen wird.

 urs.naef@economiesuisse.ch

Energie-Agentur der Wirtschaft

Eine Notlösung als Glücksfall

Die sia Abrasives setzt sich für den nachhaltigen Klimaschutz ein und beweist, dass Massnahmen dazu nicht mit grossen Investitionen verbunden sein müssen.

Die sia Abrasives mit Hauptsitz in Frauenfeld entwickelt, produziert und vertreibt Schleifsysteme zur Bearbeitung der Oberflächen von Werkstücken aller Art. Das Unternehmen beschäftigt in Frauenfeld 650 Mitarbeitende und ist seit Beginn ein Mitglied in der Energie-Modell-Gruppe Thurgau der EnAW.

Zur Reinigung der Abluft der Fabrikationsanlagen hat das Unternehmen 1990 eine Anlage beschafft, in der Schadstoffe bei zirka 800°C oxidieren. Diese Abluft wird in einem regenerativen Wärmetauscher vorgewärmt. Der Wärmehalt dieser Schadstoffe reicht nicht aus, um die Temperatur in der Abluft nach der Oxidation auf 800°C zu halten. Die fehlende Energie wird darum mit zwei Gasbrennern nachgeführt.

Wenig Aufwand, viel Ertrag

Eine Inspektion im Sommer 2004 ergab, dass der Brennerstein ein-

es Gasbrenners beschädigt war. Da die Lieferung eines Brennersteins kurzfristig nicht möglich war, der Lieferant der Anlage aber die Erfahrung gemacht hatte, dass der Betrieb auch mit einem Brenner möglich ist, wurde die Anlage wieder in Betrieb genommen. Anschliessende Messungen ergaben, dass alle erforderlichen Abgaswerte eingehalten werden. Die Brennerleistung der Anlage konnte von 553 kW auf 484 kW reduziert werden. sia Abrasives beschloss, die Anlage in Zukunft mit nur einem Brenner zu betreiben und baute im Winter 2004/2005 den zweiten Brenner definitiv aus. Die Brennerpartie des ausgebauten Brenners wurde isoliert, womit der Energieverbrauch abermals auf insge-



Luftaufnahme sia Abrasives Frauenfeld.

samt 451 kW reduziert werden konnte. Mit einem Pay-back von einem halben Jahr können so jährlich rund 170 MWh Erdgas eingespart werden.

Für Hansruedi Tödtli, Leiter technische Dienste des Unternehmens, müssen Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nicht zwingend mit grossen Investitionen verbunden sein. «Es lohnt sich, den Betrieb von bestehenden Anlagen stets zu hinterfragen.» Bei komplexen Fragestellungen ist Tödtli froh, auf das Fachwissen der EnAW-Spezialisten zurückgreifen zu können.

Neue ICC-Regeln

Die Mitglieder der Kommission «Commercial Law and Practice» der International Chamber of Commerce (ICC) haben eine Reihe neuer Regeln und Instrumente verabschiedet, darunter

- «ICC Model Confidentiality Agreement»
- «ICC Legal Handbook on Global Sourcing Contracts»
- «ICC Model Turnkey Contract»
- «ICC policy statement on electronic invoicing in and with the European Union».

Die Schweizer Vertreter haben aktiv bei der Erarbeitung dieser Instrumente mitgewirkt.

ICC ist die einzige Organisation der Privatwirtschaft, die Regeln, Normen und Werkzeuge entwickelt, welche die Praktiken der internationalen Wirtschaft strukturieren. Wenn diese Regeln und Normen in die Verträge eingefügt werden, sind sie bindend und die Gerichte nehmen bei ihren Entscheidungen Bezug auf sie.

ICC ist engagierte Befürworterin der unternehmerischen Selbstverantwortung. Alle von ihr veröffentlichten Regeln und Normen sind frei vereinbart worden.

■ Regeln

Die beiden meistgenutzten Instrumente der ICC sind die «Incoterms» und die einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumentenakkreditive (ERA). Sie werden von den Banken angewendet, um den Handel zu finanzieren.

■ Modellverträge

Die Modellverträge und Modellklauseln von ICC sind wertvolle Hilfen für Wirtschaftskader und Juristen bei der Ausarbeitung ihrer Verträge.

■ Richtlinien

Die Richtlinien und Leitfäden der ICC decken alle Aspekte des Marketings und der Werbung ab. Sie umfassen auch die Praktiken der Unternehmen bezüglich Kampf gegen Erpressung und Korruption und bezüglich Umweltfragen.

Weitere Informationen zur Arbeit der Kommission «Commercial Law and Practice»:



www.iccwbo.org/policy/law/

«Der bilaterale Weg ist der Schlüssel zum Erfolg»

Rudolf Ramsauer sprach sich in Brüssel dafür aus, den bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU weiter zu verfolgen. Der Zeitpunkt für eine Verhandlungspause sei gekommen, um über die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen den beiden Partnern nachzudenken.

Auf Einladung der Schweizerischen Handelskammer für Belgien und Luxemburg hielt der Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse am 12. Oktober 2005 in Brüssel einen Vortrag über die europäische Integrationspolitik der Schweiz. Vor hochkarätigen Zuhörern – Unternehmer, Vertreter der Europäischen Kommission und der europäischen Arbeitgeberorganisationen – zog er die Bilanz zur Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU und ging anschliessend auf die Zukunft der Beziehungen zwischen den beiden Partnern ein.

2005: ein entscheidendes Jahr
Rudolf Ramsauer bezeichnete das Jahr 2005 als Meilenstein in

der Geschichte der europäischen Integrationspolitik der Schweiz. Nach der Annahme der bilateralen Abkommen I und II durch die schweizerischen Stimmbürger beruhen die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nun auf festen Grundlagen. Dank den heutigen Rahmenbedingungen können die Schweizer Unternehmen mit gleich langen Spiessen gegen die Mitbewerber aus der Gemeinschaft antreten. Damit wurde ein wichtiger Schritt getan, der jedoch, wie Rudolf Ramsauer betonte, nur eine Etappe auf einem langen Weg



Rudolf Ramsauer in Brüssel.

darstellt. Der bilaterale Weg ist in der Tat keineswegs erschöpft. Die Entwicklung der Nachbarschaftsbeziehungen wird es über kurz oder lang erfordern, dass spezifische Aspekte wie beispielsweise der Stromtransit, die gegenseitige Anerkennung im Bereich Zollsicherheit, die Anwendung des «Cassis-de-Dijon»-Prinzips oder die Beteiligung der Schweiz am Satellitennavigationsprojekt «Galileo» behandelt werden.

Willkommene Pause

Allerdings wäre es verfrüht, gleich ein neues Grossprojekt zu starten. Rudolf Ramsauer erachtet eine mehrjährige Verhandlungspause als notwendig, um über die Zukunft der Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU nachzudenken und um vor allem die zahlreichen, bereits abgeschlossenen Abkommen umzusetzen und zu testen. Ein EU-Beitritt sei aus heutiger Sicht keine Option.



Florent Roduit,
Delegierter in Brüssel

Noch geht kein Ruck durch die EU

Auch nach Abschluss des Gipfels von Hampton Court vom 27. Oktober hatten es die Staats- und Regierungschefs nicht geschafft, das Übel, an dem die EU leidet, an der Wurzel zu packen. Ausser der Schaffung eines – sehr fragwürdigen – Fonds zur Abfederung der Globalisierungsfolgen wurde kein grundlegend neuer Pflöck eingeschlagen. Wie Präsident Seillière jedoch am «Competitiveness Day» der UNICE betonte, ruft die tiefe Krise der EU dringend nach konsistenten Massnahmen.

Seillière zeigte fünf Lösungsansätze auf, um den europäischen Wirtschaftsstandort kompetitiver und attraktiver zu machen, aber auch, um das Risiko einer erneuten Infragestellung des Einheitsmarktes, des Euro oder der gemeinschaftlichen Handelspolitik zu verhindern:

Zuallererst muss das institutionelle Durcheinander gelöst werden. Weiter muss innert nützlicher Frist ein Budget angenommen werden, welches den wirtschaftlichen Aufschwung vorantreibt. Drittens müssen die verschiedenen nationalen Sozialmodelle modernisiert werden – weg von der Arbeitsplatzzerhaltung hin zur Arbeitsplatzschaffung. Viertens muss der Binnenmarkt namentlich mit der Ausdehnung auf die Dienstleistungen vollendet werden. Und schliesslich muss die EU aktiv zum nötigen Erfolg der WTO-Ministerkonferenz beitragen, die im Dezember in Hongkong stattfindet. Was zu tun wäre ist also bekannt. Es bleiben der britischen Präsidentschaft knapp zwei Monate, um den politischen Konsens zu erleichtern und so diese Herausforderungen erfolgreich anzugehen.

EU lanciert neue Industriepolitik

Die Europäische Kommission hat eine Reihe von Initiativen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der herstellenden Industrien in Europa ausgearbeitet.

Die herstellende Industrie beschäftigt über 34 Millionen Personen. Drei Viertel der EU-Exporte und über 80 Prozent der F- und E-Ausgaben des Privatsektors entfallen auf die herstellende Industrie. Die von Brüssel vorgeschlagenen Massnahmen verfolgen das Ziel, die Reglementierung zu verbessern und die bestehenden Politikstrategien stärker zu integrieren. Erfasst werden Sektoren wie Forschung, geistiges Eigentum, Umwelt oder der Zugang zu ausländischen Märkten.

Zu den aufgeführten Zielen gehört auch die Förderung der beruflichen Kompetenzen. Im Gegensatz zu den gängigen Klischees werden Auslagerungen – zum Beispiel in der Informationstechnologie oder im Ingenieurbereich – häufig eher wegen ungenügender Qualifikationen als aus Kostengründen beschlossen.

Ende von Protektionismus und Subventionen

Neben diesen Initiativen sind Vorschläge zu spezifischen Industrien (Pharmaindustrie, Verteidigungswesen, Telekommunikation) zu nennen. In angeschlagenen Sektoren wie etwa im Textilsektor will Brüssel die unvermeidlichen Veränderungen dank Strukturfondsprogrammen

besser planen und begleiten. Nach Auffassung der europäischen Kommission gehören Protektionismus und Subventionen für spezifische Sektoren der Vergangenheit an. Jetzt geht es darum, einen angemessenen Rahmen für die Entfaltung der Industrie zu schaffen und die von den Mitgliedstaaten geleistete Arbeit zu konsolidieren (Subsidiarität).

Die europäische Wirtschaft unterstützt grundsätzlich die neuen Initiativen der Kommission – allerdings unter der Voraussetzung, dass diese umgehend umgesetzt werden und dass messbare Resultate hinsichtlich Innovation, Vereinfachung der Regulierung und Schaffung von wettbewerbsfähigen Märkten erzielt werden.

«Industrielle Ideenproduktion» in Biel

BrainStore produziert in einer Fabrikhalle in Biel Ideen. Das Konzept ist weltweit einzigartig.

Wie kann die CityNightLine auf die Konkurrenz von Billig-Airlines reagieren? Wie sieht der Auftritt zum 100-Jahr-Jubiläum der ETH im Jahr 2005 im Bahnhof Zürich aus? Mit welchen Mitteln kann Sony den MiniDisc noch beliebter machen?

Antworten liefert BrainStore aus Biel, die welterste und einzige Ideenfabrik. BrainStore entwickelt eine

Vielfalt von Ideen, welche allen vom Kunden festgelegten Kriterien entsprechen und zudem einfach, überraschend und relevant sind. Offenbar lassen sich auch Ideen effizient produzieren: BrainStore hat dafür einen standardisierten Prozess entwickelt.

«Denken verboten»

Die Ideenproduktion läuft immer nach der gleichen Gesetzmässigkeit ab: Zuerst werden innerhalb eines «CreativeTeams» von mindestens 15 Personen eine grosse Menge von Rohideen beschafft. Dabei geht bewusst Quantität vor Qualität: Jugendliche als Outsider und Querdenker, Mitarbeiter des Kunden als Insider sowie Vertreter des entsprechenden Zielpublikums erarbeiten unter Zeitdruck mit Hilfe unterschiedlichster Techniken viele Ideenansätze. «Denken verboten» heisst dabei überspitzt ausgedrückt die Devise: Für einmal kommt Sprechen vor Denken, und in einem ersten Schritt gilt es möglichst nicht kritisch zu hinterfragen, sondern

einfach alle spontanen Einfälle auf den «Tisch zu legen». Ergänzend dazu werden aktuelle Trends und Bewegungen durch so genannte «TrendScouts» gesucht, an denen man sich dann im Ideenprojekt orientiert. In einem zweiten Schritt werden die Rohideen durch Kombination der viel versprechendsten Ansätze und Reduktion auf die wirklich guten Ideen verdichtet. Schliesslich fällt der Kunde durch Expertenunterstützung die Entscheidung, welche Ideen weiter verfolgt werden.

Die Idee der Ideenproduktion

Wie entstand die Idee der Ideenproduktion? Vor 16 Jahren stürten sich drei kreative Kantonsschüler daran, dass Jugendliche höchstens als abstrakte Fokusgruppe Eingang finden in die Entscheidungsfindung von Marketingleuten. Den Jugendlichen sollte mehr Gehör verschafft werden. Sie bringen nämlich als Ideenlieferanten viele praktische Eigenschaften mit: Sie sind frech, ehrlich, direkt und interessieren sich nicht für Hierarchien. Die drei Gymnasiasten gründeten eine Firma, die auf diese Ressourcen zurückgreifen wollte. Als Erfolgsrezept erwies sich dabei ihre Glaubwürdig-



keit als Jugendliche gegenüber Jugendlichen, ihre Neugierde und ihr Mut, ungewöhnliche Konzepte in Angriff zu nehmen. Nach und nach eigneten sie sich «learning-by-doing» das erforderliche Methodikwissen an. Auch der Umsatz stieg laufend:



Dieses Jahr werden 5 Millionen Franken erwartet.

Einzelkämpferische Teamplayer

Zwei der drei ehemaligen Gründungsmitglieder – CEO Nadja Schnetzler und Chairman Markus Mettler – bilden heute zusammen mit Laurent Burst, Executive Director, die Geschäftsleitung. Bei BrainStore fest angestellt sind lediglich 25 Mitarbeiter. Dazu kommen jedoch noch etwa 2500 Freelancer, die grösstenteils auf Abruf und im Stundenlohn angestellt für CreativeTeams zur Verfügung stehen. Gemäss Nadja Schnetzler müssen die fest angestellten Mitarbeiter selbst nicht unbedingt aussergewöhnlich kreativ und innovativ sein. Ihre Stärke sollte vielmehr darin liegen, aus anderen Menschen Ideen herauszulocken. Wer bei BrainStore arbeitet muss keinen gradlinigen Lebenslauf aufweisen: Von Vorteil ist vielmehr ein breiter Horizont, Offenheit, Kommunikationsfähigkeit und wie es Nadja Schnetzler ausdrückt «ein

extremer Zwitter zwischen Teamplayer und Einzelkämpfer».

«It's possible»

Der Standort Biel der 2500m² grossen Ideenfabrik ist kein Zufallsentscheid. Auf der deutsch-französischen Sprachgrenze wird auch Jugendlichen aus der welschen Schweiz die Hemmschwelle genommen, sich als Freelancer bei BrainStore zu engagieren. Ausserdem wollte man sich nicht in Zürich niederlassen. «Dort sind ja alle», so Nadja Schnetzler. Die räumliche Distanz hat sich auch insofern als Vorteil erwiesen, als Biel eine gute Zugstunde von Zürich entfernt liegt: Da die meisten Kunden von Zürich her kommen, gewinnen sie durch die Anreisezeit Abstand zum Büroalltag. Die Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem und Ungewöhnlichem wird so gefördert. Ein Pluspunkt ist auch die zentrale Einbettung in Europa: Kunden aus Frankreich, Deutschland und England sind mittlerweile bei BrainStore keine Seltenheit mehr. Die Kundschaft wird immer internationaler.

Apropos Kundschaft: Die Hauptzielgruppe von BrainStore sind aus Kostengründen grössere Firmen. Aber auch KMU, welche sich neu positionieren wollen und Privatpersonen sind bei BrainStore willkommen. Überhaupt gilt bei BrainStore das Motto: «It's possible».

Drei wirtschaftspolitische Wünsche

■ **Bildungsförderung:** Es muss zwar nicht quantitativ mehr Wissen vorhanden sein, aber die Entwicklung und der Unterricht von Wissensmanagement und die Öffnung des Blickfeldes sollten vermehrt gefördert werden.

■ **Tempo von Veränderungen auf politischer Ebene:** Wir wünschen uns ein weniger schwerfälliges

Vorwärtkommen in politischen Anliegen sowie eine gute Portion Pragmatismus.

■ **Offenheit gegenüber Neuem:** Wir wünschen uns Offenheit gegenüber neuen Strukturen, Organisationsformen, aber auch die Öffnung gegenüber der EU. Und vor allem weniger Angst gegenüber Neuem.



Neuer EU-Zollkodex in der Kritik

Seit dem 11. September 2001 steht die Sicherheit zuoberst auf der Traktandenliste der Zollbehörden – mit Folgen für die Wirtschaft.

Die «Container Security Initiative» der USA und die Zollkodexrevision der EU verschärfen die Sicherheitsbestimmungen zum Schutz der internationalen Versorgungskette.

Der revidierte EU-Zollkodex sieht drei Massnahmen vor: Erstens eine Vorausanmeldepflicht bei der Ein- und Ausfuhr von Gütern in die bzw. aus der EU. Zweitens die Möglichkeit für Unternehmen, den Status eines «Authorized Economic Operators» zu beantragen, um von Verfahrenserleichterungen zu profitieren. Und drittens die Schaffung eines EU-weiten Computersystems für das Risikomanagement. Verschiedene Bestimmungen der Durchführungsverordnung (DVO), welche die Umsetzung der Massnahmen im Detail regelt, sind für Unternehmen mit erheblichem finanziellem und organisatorischem Aufwand ver-



bunden und erschweren den grenzüberschreitenden Warenverkehr. Die Reaktion der europäischen Wirtschaft auf den von der EU-Kommission in die Konsultation geschickten DVO-Entwurf waren entsprechend kritisch.

Ausnahmen für die Schweiz

Die Sicherheit ist ein wichtiges Anliegen der Wirtschaft. Die Vorausanmeldepflicht stellt aber ein Hindernis für den reibungslosen Handel mit unseren Nachbarstaaten dar. Ein diskriminierungsfrei-

er Zugang zum EU-Markt ist für unsere Wirtschaft von grösster Bedeutung. Verzögerungen durch die Vorausanmeldepflicht sollten daher möglichst eliminiert werden. Der EU-Zollkodex sieht vor, dass im Rahmen internationaler Übereinkommen Ausnahmen von der Voranmeldepflicht ausgehandelt werden können. Da die Sicherheitsstandards der Schweiz denjenigen der EU nicht nachstehen, soll eine solche Ausnahmeregelung ins Auge gefasst werden. Entsprechende Gespräche zwischen der Schweiz und der EU fanden bereits statt. Da die EU-Kommission intern noch über keinen konsolidierten Text verfügt, konnten die Verhandlungen bislang nicht im Detail weitergeführt werden. economie-suisse steht in engem Kontakt mit den zuständigen Schweizer Behörden und konnte auch die europäischen Wirtschaftsverbände für diese Problematik sensibilisieren. Denn die Schweizer Wirtschaft braucht hier eine tragfähige Lösung im Verhältnis zur EU.

 peter.flueckiger@economiesuisse.ch

Vernehmlassungen

15. November 2005

Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung
Kontakt: brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch

7. Dezember 2005

Anpassungen der Asylstrukturen betreffend die Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und weiterer Verordnungen
Kontakt: urs.furrer@economiesuisse.ch

9. Dezember 2005

Agrarpolitik 2011
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

15. Dezember 2005


Umsetzung von Basel II
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

19. Dezember 2005

Verordnung über Koexistenzmassnahmen beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen sowie beim Umgang mit daraus gewonnenem Erntegut
Kontakt: stefan.brupbacher@economiesuisse.ch

31. Dezember 2005

Ergänzende Massnahmen im Bereich des Strafrechts zur Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.

Impressum

Herausgeber
 economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Verantwortliche Redaktion
 Regina Hunziker-Blum

Adresse
 Hegibachstrasse 47
 Postfach, 8032 Zürich
 Telefon 044 421 35 35
 Telefax 044 421 34 34
 E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch
 Web: www.economiesuisse.ch

Adressänderungen
 marianne.baer@economiesuisse.ch

Erscheinungsweise
 monatlich

Gestaltung
 Layout88 GmbH, 8008 Zürich
Druck
 Herbstdruck AG, 8032 Zürich

Dokumentation

- NEIN zum Gentech-Moratorium**
 Argumentarium zur Abstimmung vom 27. November (24 Seiten).
 Download: www.gentech-moratorium-nein.ch
- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005»**
 Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter.
 Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».**
 Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Universitäten in der Wissensgesellschaft. Fünf Spitzenuniversitäten im Vergleich und Lehren für die Schweiz.»**
 Fr. 20.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Swiss Code of Best Practice»**
 Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
 Perspektiven bis 2007. Gratis.
- «newsletter»**
 Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- Portrait economiesuisse**
 Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele und Organisation des Verbands. Gratis.
- «ausgabenkonzept»**
 Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Steuerkonzept»**
 Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
 Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- «dossierpolitik», Pressedienst**
 Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.
- «E-Mail-Service»**
 Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. E-Mail-Adresse angeben.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 044 421 34 34

Bestellung Adressänderung

	Firma
Name	Strasse
Vorname	PLZ/Ort
Funktion	E-Mail